



BOTSCHAFT
ÜBER DIE WEITERFÜHRUNG
DER TECHNISCHEN ZUSAMMENARBEIT
UND DER FINANZHILFE ZUGUNSTEN
VON ENTWICKLUNGSLÄNDERN
2004–2007

KURZFASSUNG

WARUM ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NÖTIG IST	2
INTERNATIONALE ANSTRENGUNGEN FÜR EINE GERECHTE WELT	4
DIE DEZA SETZT PRIORITÄTEN	6
BREITES ENGAGEMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	8
INSTRUMENTE UND KONTROLLE	10
ZUSAMMENARBEIT DER DEZA MIT DEM SÜDEN 2004 BIS 2007	12
GELD FÜR ENTWICKLUNG – INVESTITION IN EINE BESSERE ZUKUNFT	14
GLOSSAR	16

**Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
ist Teil des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten**

© DEZA, Mai 2003

Herausgeberin: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Bereich Entwicklungspolitik und multilaterale Zusammenarbeit

Redaktionelle Bearbeitung: Gabriela Neuhaus, Bern

Gestaltung: BOH Consulting, Christian Jaberg, Solothurn

Diese Broschüre ist in Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich

Weitere Exemplare können telefonisch bestellt werden unter +41 (0)31 322 44 12

oder bei: info@deza.admin.ch



Entwicklungszusammenarbeit 2004–2007

1,2 Milliarden Menschen – dies entspricht einem Fünftel der Weltbevölkerung – leben in grösster Armut. Die UNO lädt ihre Mitgliedsländer ein, sich weltweit für eine Verminderung von Hunger und Elend zu engagieren, um in Zukunft allen Menschen ein Leben ohne Angst und Not zu ermöglichen. Diese Herausforderung geht uns alle an. Die Schweiz nimmt seit Jahren ihre Verantwortung wahr. Die Bundesverfassung enthält ausdrücklich die folgenden aussenpolitischen Zielsetzungen:

- Linderung von Not und Armut in der Welt
- Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Völker
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Mit den Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit wird den Ärmsten auf dieser Welt geholfen. Zu diesem Zweck beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten alle vier Jahre einen **Rahmenkredit für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern**.

Für die Jahre 2004 bis 2007 soll ein Rahmenkredit in der Höhe von 4,4 Milliarden Franken die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens sicherstellen. Die vorliegende Broschüre ist eine Kurzfassung der aktuellen «Südbotschaft»* des Bundesrates. Sie begründet die Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit und beschreibt die Rolle der Schweiz im

nationalen und internationalen Kontext sowie deren Prioritätensetzung für die kommenden Jahre.

Mit dem beantragten Kredit werden rund zwei Drittel der öffentlichen Entwicklungsausgaben bestritten; ein Drittel der Ausgaben ist auf weitere Arbeitsgebiete wie zum Beispiel die Humanitäre Hilfe, die Zusammenarbeit mit dem Osten oder die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit verteilt.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist Bestandteil der schweizerischen Aussenpolitik. Die Gesamtverantwortung liegt bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), welche die internationale Entwicklungszusammenarbeit in die Tat umsetzt und mit anderen Bundesstellen koordiniert.

Die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz zeichnet sich durch ihre hohe Qualität aus. Von Partnerländern und internationalen Organisationen besonders geschätzt werden dabei Kontinuität und Verlässlichkeit des schweizerischen Engagements. Die beantragten 4,4 Milliarden Franken sind die Voraussetzung dafür, dass wir auch künftig unsere Aufgaben im Bereich der internationalen Solidarität wahrnehmen können. Zudem entspricht dieser Rahmenkredit der vom Bundesrat mehrfach bekräftigten Zielsetzung, die Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe von 0,34 Prozent (2001) bis ins Jahr 2010 auf 0,4 Prozent des Bruttovolkseinkommens anzuheben.

* Der Originaltext der «Botschaft für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern» kann beim Bundesamt für Bauten und Logistik BBL, Verkauf Bundespublikationen bezogen werden.



Diagnose Armut

Stimmen zur Armut

Im Rahmen einer **Armutsstudie in Tansania** hat die DEZA im November/Dezember 2002 in der Region Morogoro die Befindlichkeiten der Menschen in insgesamt 26 Haushalten näher untersucht. Dabei wurde deutlich, wie viele Facetten Armut hat:

«Ich habe kein Bett, keinen Stuhl, keine Axt – nichts. Ich schäme mich. Ich kann nicht einmal Saatgut für Bohnen kaufen.» *Vater von vier Kindern*

«Wenn ich eine Ausbildung hätte, könnte ich überall Arbeit kriegen.» *Strassenjunge*

«Ich bewundere einen Freund, der Fahrer war und seinen Lohn immer weise ausgab. Er konnte seine fünf Kinder zur Schule schicken, zwei besuchten gar die Universität. Ich versuchte meine Söhne in die Schule zu schicken – aber zwei schafften es nicht – hätte ich bloss meine Töchter in die Sekundarschule geschickt!» *Älterer Mann*

Armut gibt es überall – auch in den reichen Industrieländern. Doch in der Schweiz bedeutet arm sein etwas anderes als im südlichen Afrika oder in Indien. Wer in Bombay in eine arme Familie hinein geboren wird, lebt auf der Strasse, ohne Aussicht, je ein Dach über dem Kopf zu haben, je eine Schule besuchen oder unter menschenwürdigen Bedingungen seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Viele Arme in Afrika, Asien und Lateinamerika können sich und ihre Familien nicht ausreichend ernähren – Hunger schmerzt, macht krank und tötet.

Jeden Tag sterben weltweit etwa 100 000 Menschen an den Folgen von Unterernährung, das sind 36 Millionen pro Jahr. Fast 800 Millionen Menschen sind ohne ausreichende Nahrung, 95 Prozent von ihnen leben in Entwicklungsländern. Jeder fünfte Mensch hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Täglich sterben weltweit 30 000 Kinder an Krankheiten, für welche es Prophylaxe- oder Behandlungsmöglichkeiten gibt.

Armut untergräbt die Würde des Menschen und lähmt. «Es ist, wie in einem Gefängnis eingeschlossen zu sein», umschreibt ein Mann in Tansania sein Lebensgefühl und ein anderer sagt: «Armut ist ein negativer Begriff. Sie gibt dir keine Kraft, um eine Zukunft zu bauen.»

Ohne Unterstützung von aussen gibt es kaum einen Ausweg aus dem Teufelskreis der Armut. Wer durch Hunger geschwächt ist, wird eher krank und kann kaum Eigeninitiative entwickeln. Ohne Schulbildung ist es schwierig, sich in einer von Geld und Information beherrschten Welt zu behaupten. Wer kein sicheres Zuhause hat, lebt von der Hand in den Mund und kann nicht in seine Zukunft investieren. Armut schafft Angst und Unsicherheit, treibt Menschen in Elend, Vereinsamung und Würdelosigkeit, schafft Anreize zu Migration und verleitet zu Kriminalität.



Chancen für die Zukunft

Armut steht im Widerspruch zum Recht eines jeden Menschen auf **«ein Leben ohne Angst, ohne Mangel und im Einklang mit den Bedürfnissen künftiger Generationen»**, wie es UNO-Generalsekretär Kofi Annan formuliert hat.

Weltweit sind genügend Mittel und Ressourcen vorhanden, um die Armut zu beseitigen. Doch dies würde im Norden wie im Süden in vielen Bereichen ein Umdenken und neue Prioritäten voraussetzen: Reiche Individuen und Nationen müssten sich in ihrem Wohlstand beschränken. Der Reichtum der Reichen sollte nicht aus der Not der Armen wachsen. Bereits in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts hatte der ehemalige deutsche Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt erkannt: **«Entwicklungspolitik ist die Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts.»**

Durch die **Globalisierung** sind vielerorts die wirtschaftlichen und sozialen Gräben gewachsen. Insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder haben Mühe, vom Wachstum der Weltmärkte und von den neuen Technologien zu profitieren. Doch die Globalisierung bietet auch Möglichkeiten, dass alle zu den Gewinnerinnen und Gewinnern gehören können. Die Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit besteht darin, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die armen Länder und ihre Bevölkerungen diese Chancen nutzen können. Hierzu gehören sowohl die Spielregeln der Weltwirtschaft wie auch eine Stärkung der Potentiale auf nationaler und lokaler Ebene.

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Armut und Elend überwunden werden können. So etwa in **Vietnam**, das nach jahrelangem Krieg völlig zerstört war und sich heute, unterstützt durch die internationale Staatengemeinschaft, auf dem Weltmarkt als aufsteigender Lieferant von Rohstoffen und Produkten profiliert.

Oder in **Mauritius**, wo sich Rechtsstaat und Demokratie in einer multikulturellen Gesellschaft ausbilden konnten. Dank einem Spezialabkommen konnte der ostafrikanische Inselstaat seinen Zucker in Europa während Jahren zu EU-Preisen absetzen, die deutlich über dem Weltmarktpreis lagen. Der Mehrerlös aus diesem **«fairen Handel»** war die Basis für die Ausgestaltung einer diversifizierten und erfolgreichen Wirtschaft.

Oder in Tangelbamba, einem Dorf in **Peru**: dort gibt es heute eine Apotheke. Die Bauern erhalten verbessertes Saatgut für den Anbau von Kartoffeln. Dies dank einem Entwicklungsprojekt, das der peruanische Staat, als Gegenleistung für einen von der Schweiz gewährten Schuldenerlass, finanziert hat.

«Mein Essensvorrat wurde gestohlen und ich ging zum Dorfrat, doch die taten nichts. Sie kennen mich nicht gut. Sie kommen mich nie besuchen. Nun habe ich kein Vertrauen mehr. Meine Grossöhne leben jetzt mit mir, um dem Futterdiebstahl vorzubeugen.»

Alter Mann

«Ich gehe nicht zum Dorfrat, wenn ich Hilfe brauche um ein Problem zu lösen, weil ich zahlen müsste.»

Junger Vater

«Das Schlimmste ist, wenn mein Baby krank wird. Wir haben kein Geld und können niemanden zu Hilfe holen.»

Junge Mutter



Vorsätze fürs neue Jahrtausend

Die UNO-Generalversammlung hat an ihrem Millenniums-Gipfel im September 2000 einstimmig eine Reihe von Zielen verabschiedet, deren Erfüllung eine massive Verminderung der Armut gegenüber dem Stand von 1990 bringen würde. Die Liste umfasst acht Themenbereiche mit 18 konkreten Zielsetzungen, die bis ins Jahr 2015 erreicht werden sollen:

Beseitigung von Hunger und extremer Armut

Ziel 1: Die Zahl der Menschen, die mit weniger als einem USD pro Tag leben müssen, soll halbiert werden.

Ziel 2: Der Anteil der Menschen, die Hunger leiden, soll halbiert werden.

Grundschulausbildung für alle

Ziel 3: Alle Mädchen und Jungen sollen eine vollständige Grundschulausbildung erhalten.

Gleichstellung der Geschlechter und mehr Einfluss für die Frauen

Ziel 4: Auf allen Ausbildungsstufen soll jede unterschiedliche Behandlung der Geschlechter beseitigt werden.

Kindersterblichkeit senken

Ziel 5: Jährlich sterben rund 11 Millionen Kleinkinder – diese Kindersterblichkeit soll auf ein Drittel gesenkt werden.

Bessere Gesundheitsversorgung für Mütter

Ziel 6: Infolge von Schwangerschaft und Geburt sterben jedes Jahr über eine halbe Million Frauen – diese Zahl von Todesfällen soll um drei Viertel gesenkt werden.

Eindämmung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Ziel 7: Die Ausbreitung von HIV/Aids soll zum Stillstand gebracht und die Krankheit zum Rückzug gezwungen werden.

Ziel 8: Die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten soll gestoppt werden.

Nachhaltiger Umgang mit der Umwelt

Ziel 9: Jedes Land soll die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in seine nationale Politik übernehmen und weitere Verluste von Umweltressourcen verhindern.

Ziel 10: Die Zahl der Menschen, die über keinen sicheren Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, soll halbiert werden.

Ziel 11: Bis zum Jahr 2020 sollen die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern verbessert werden.

Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung

Ziel 12: Ein offenes Handels- und Finanzsystem, das auf festen Regeln beruht und nicht diskriminierend wirkt, soll weiter ausgebaut werden.

Ziel 13: Auf die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder muss speziell eingegangen werden.

Ziel 14: Auf die Bedürfnisse der Binnenstaaten und der kleinen Inselentwicklungsländer muss angemessen eingegangen werden.

Ziel 15: Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer müssen durch Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend und wirksam angegangen werden, damit die Schulden auf lange Sicht tragbar werden.

Ziel 16: In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern soll für die Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeitsplätze für junge Menschen gesorgt werden.

Ziel 17: In Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie sollen lebenswichtige Medikamente in den Entwicklungsländern zu erschwinglichen Preisen verfügbar gemacht werden.

Ziel 18: In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sollen die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, für alle zugänglich werden.



Unterschiedliche Prognosen

Die meisten der Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, kurz MDGs) sind das Resultat entwicklungspolitischer Erfahrungen und Debatten der 1990er Jahre. Seither haben viele Länder Fortschritte in der Umsetzung dieser Zielsetzungen gemacht.

Der **Welt-Entwicklungsbericht von 2002** rechnet damit, dass 55 Länder (oder 23 Prozent der Weltbevölkerung) bis 2015 mindestens drei Viertel der genannten Ziele erreichen, dass aber 33 Länder (oder 26 Prozent der Weltbevölkerung) mehr als die Hälfte der Ziele verfehlen werden. Besonders schlecht stehen die Zukunftsprognosen im südlichen Afrika, wenn nicht aussergewöhnliche Zusatzanstrengungen gemacht werden: Dort sind die Minderung der extremen Armut wie auch die Verwirklichung der meisten anderen Millenniums-Entwicklungsziele zum Teil gar, infolge von Rückschlägen, in weite Ferne gerückt.

Die Weltbank schätzt, dass für das Erreichen des Ziels Nummer eins, bis 2015 die Zahl in extremer Armut lebender Menschen zu halbieren, ein **zusätzlicher Finanzbedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe von 40 bis 60 Milliarden USD** besteht. Dies würde ungefähr einer Verdoppelung der heutigen weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe gleichkommen.

Beim Ziel Nummer zwei, der Halbierung der Anzahl von Hungernden, sind 51 Länder mit 46 Prozent der Weltbevölkerung auf gutem Weg, die Vorgabe zu erreichen, während 24 Länder weit zurück liegen und aus 15 Ländern sogar Rückschritte vermeldet werden.

Die Erreichung von Ziel Nummer drei ist in vielen Ländern auf guten Wegen: Weltweit besuchen 84 Prozent aller Mädchen und Buben eine Grundschule – doch **noch immer erhalten von den insgesamt 680 Millionen Kindern im Primarschulalter 113 Millionen nie eine Chance, lesen, schreiben und rechnen zu lernen**. 97 Prozent von ihnen leben in Entwicklungsländern.

Die Millenniums-Entwicklungsziele gelten als **entwicklungspolitische Meilensteine**, die für die Entwicklungsanstrengungen der internationalen Gemeinschaft in den nächsten Jahren wegweisend sind. Bereits wurden an verschiedenen internationalen Konferenzen weitere Umsetzungsschritte festgelegt. Insbesondere am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, der im September 2002 einen **Aktionsplan für die Umsetzung der Millenniumsziele** verabschiedet hat, spielte die Schweiz eine aktive Rolle. Sie stellt heute ihre Entwicklungspolitik, die sich bereits seit Jahren an der Unterstützung der Ärmsten orientiert, bewusst in den Dienst der Millenniums-Entwicklungsziele.

Welt der Gegensätze

Rund 1,2 Milliarden Menschen leben mit weniger als 1 USD pro Tag – gleichzeitig werden Kühe in zahlreichen europäischen Ländern mit einem rund doppelt so hohen Betrag subventioniert.

70 Prozent der Ärmsten sind Frauen.

Schätzungsweise 815 Millionen Menschen sind unterernährt – 777 Millionen von ihnen leben in Entwicklungsländern, 27 Millionen in Transitionsländern und 11 Millionen in Industriestaaten.

1,1 Milliarden Menschen leben in ungesunden und gefährlichen Elendsvierteln. Sie bezahlen den Wiederverkäufern von Wasser bis zum Hundertfachen des Preises, den öffentliche Dienste verlangen.

Die jährlichen Militärausgaben der OECD-Länder betragen rund 522 Milliarden USD, für den Schutz der eigenen landwirtschaftlichen Produktion geben sie 361 Milliarden USD aus – und für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 56 Milliarden USD.



Fünf Schwerpunktthemen

Transversale Themen

Die fünf Schwerpunktthemen der DEZA sind eng miteinander verknüpft, Massnahmen in einem Bereich können sich auch auf andere Themen auswirken. Deshalb bemüht sich die DEZA um eine enge Vernetzung der verschiedenen Schwerpunkte; zudem arbeitet sie zusätzlich mit sogenannten transversalen Themen.

Ein transversales Thema, das in alle Programme der DEZA mit einfließt, ist die **Gleichstellung von Mann und Frau**.

Frauen sind häufig stärker von Armut betroffen als Männer. Der Einbezug von Frauen in den Entwicklungsprozess schafft zusätzliche Möglichkeiten.

Der transversale Ansatz besteht in einer Analyse der Geschlechterverhältnisse, deren Resultate in die Planung von DEZA-Programmen einfließen. Falls nötig, kann die DEZA spezifische Projekte unterstützen, welche die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern.

Die Verfassung und das Entwicklungshilfegesetz von 1976, der Aussenpolitische Bericht 2000 sowie das sich wandelnde internationale Umfeld bilden das Fundament für eine zeitgemässe Entwicklungszusammenarbeit. Um optimal auf die globalen Herausforderungen zu antworten und die beschränkten Mittel effizient einzusetzen, fokussiert die DEZA ihre Aktivitäten in der Armutsbekämpfung auf fünf thematische Schwerpunkte:

1 Krisenprävention und Krisenbewältigung

Kriege verursachen Armut und Elend. Wo Konflikte schwelen und die Menschen in steter Angst leben, gibt es keine Entwicklung. Die zentrale Rolle, welche Friedenssicherung und Konfliktprävention für die Verminderung von Armut spielen, wurde erst in den letzten Jahren erkannt. Heute haben diese Themen in den Programmen und Projekten der DEZA einen wichtigen Stellenwert.

2 Gute Regierungsführung

Bei der Förderung der sogenannten «Guten Regierungsführung» (Good Governance) geht es darum, ein möglichst günstiges Umfeld für Entwicklung zu schaffen. Wichtige Elemente dafür sind die Stärkung von Rechtsstaat und Menschenrechten, eine angemessene Machtverteilung sowie makroökonomische Stabilität.

3 Soziale Entwicklung

Arme sollen Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Hygiene haben. Um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, müssen die Ärmsten an den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen teilhaben können. Partizipation und Hilfe zur Selbsthilfe (Empowerment) sind deshalb zentrale Themen in der DEZA-Arbeit.

4 Arbeit und Einkommen

Die DEZA unterstützt die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen. Wesentliche Elemente dafür sind die Förderung gerechter wirtschaftlicher Spielregeln, die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, die Einführung und Einhaltung von Sozialklauseln, die Sicherstellung des Zugangs zu Bildung und Ausbildung, die Entwicklung und Erhaltung von Wissen und Technologien sowie der Aufbau und die Stärkung von Finanzwesen und (Klein)-Unternehmertum.

5 Umwelt

Für die langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen aller Nationen ist ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen unabdingbare Voraussetzung. Nur so bleibt die Erhaltung von wichtigen Lebens- und Produktionsgrundlagen gewährleistet.



Stossrichtungen der Zusammenarbeit

Die hohe Qualität und das eigenständige Profil der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit gründen auf klar festgelegten Werten. Als Handlungsgrundsätze für all ihre Aktivitäten hat die DEZA vier Stossrichtungen definiert, nach denen sie ihre partnerschaftliche Arbeit ausrichtet.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die schweizerischen Kooperationsangebote sollen die Partner im Süden befähigen, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen. Dazu gehört die Stärkung institutioneller Kompetenzen und Kapazitäten, damit die Betroffenen Problemlagen selber analysieren und Vorhaben planen und umsetzen können.

Wissen

Know-how ist eine wichtige Voraussetzung für Entwicklung. Die DEZA vermittelt in ihrer Arbeit wo immer möglich «Wissen» und trägt lokal und international zu seiner Vermehrung bei. Insbesondere unterstützt sie die Aufwertung und Nutzung von lokalem Wissen.

Internationaler Dialog

Die Zunahme grenzüberschreitender und globaler Probleme erfordert länderübergreifende Lösungsansätze. Die DEZA engagiert sich in Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen für eine internationale Vernetzung und bringt gezielt entwicklungspolitische Anliegen in den internationalen Dialog mit ein.

Solidarität

Die Schweiz unterstützt die Länder des Südens in ihrem Kampf gegen Armut und Not. Um diese Hilfe breit abzustützen, arbeitet die DEZA mit anderen Bundesstellen, mit nicht-staatlichen Organisationen und mit der Privatwirtschaft zusammen.

Die DEZA gestaltet ihre Aktivitäten

nachhaltig:

Entwicklung ist ein mittel- und langfristiger Prozess, der auch den Bedürfnissen künftiger Generationen Rechnung tragen soll.

zukunftsgerichtet:

Die Entwicklungszusammenarbeit befolgt lösungs- und zukunftsorientierte Ansätze.

wirkungsorientiert:

Der Erfolg der Zusammenarbeit wird primär am Erreichen der Zielsetzungen gemessen.

partnerschaftlich:

Entwicklung ist eine gemeinsame Aufgabe von Partnern im Norden und im Süden.



Vielschichtige Aufgabenbereiche

Die aussenpolitischen Ziele der Schweiz, wie sie im Aussenpolitischen Bericht 2000 aufgeführt sind:

1. Friedliches Zusammenleben der Völker
2. Achtung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie
3. Wahrung der Interessen der schweizerischen Wirtschaft
4. Linderung von Not und Armut in der Welt
5. Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Die Programme und Projekte der DEZA sind ein wichtiger Bestandteil der **schweizerischen Aussenpolitik**; sie tragen in vielfältiger Art und Weise zur Erreichung der aussenpolitischen Zielsetzungen und damit zum internationalen Ansehen unseres Landes bei.

Als Land ohne koloniale Vergangenheit und ohne machtpolitische Interessen ist die Schweiz eine geschätzte Partnerin, und die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit findet dank ihrer Ausrichtung und ihren Leistungen international breite Anerkennung.

Verbunden mit der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz in den 1990er Jahren sowie der wachsenden Internationalisierung verschiedener Politikbereiche sind in den letzten Jahren auch neue Themen auf die aussen- und entwicklungspolitische Agenda gekommen. Damit ist innerhalb der Bundesverwaltung die Anzahl der Akteure im Bereich «internationale Zusammenarbeit» gestiegen.

Die Gesamtkonzeption der Entwicklungszusammenarbeit ist eine gemeinsame Aufgabe von **DEZA, Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) und der Eidgenössischen Finanzverwaltung**. Die Gesamtkoordination für die Konzeption und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit obliegt der DEZA. Der wichtigste bundesinterne Partner der DEZA ist das seco.

In der internationalen Umweltpolitik arbeitet die DEZA mit dem **Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL)** zusammen. Wichtige benachbarte Aktionsbereiche der Entwicklungszusammenarbeit sind die **Humanitäre Hilfe** und die **Ostzusammenarbeit**, welche je in einer separaten Botschaft dem Parlament vorgelegt werden. Ferner steht im Parlament ein **Rahmenkredit für Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte** zur Debatte.

Neben den erwähnten Stellen sind heute – je nach Thematik und Sachverhalt – zum Beispiel auch das Bundesamt für Flüchtlinge, das Bundesamt für Gesundheitswesen, das Bundesamt für Landwirtschaft, die Gruppe für Wissenschaft und Forschung, das Bundesamt für Justiz sowie Dienststellen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport im Bereich der internationalen Zusammenarbeit tätig.



Die DEZA und ihre Partner

Die DEZA arbeitet je nach Programm und Thematik mit ausgewählten Partnern und Organisationen zusammen. Die Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden gemeinsam mit den Menschen in den Schwerpunktländern und -regionen geplant und umgesetzt. Dies geschieht in der Regel im Rahmen von mehrjährigen Landesprogrammen.

Die lokale Verwurzelung ist ein zentrales Anliegen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Neben staatlichen Instanzen umfassen die Partner der DEZA im Süden auch nicht-staatliche Akteure wie z.B. Verbände, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Hochschulen, Privatwirtschaft, etc. Für die Durchführung der Arbeit vor Ort zeichnet, je nach Verfügbarkeit der erforderlichen Fachkompetenz, die DEZA selber verantwortlich, oder sie beauftragt NGOs und Firmen, oder sie arbeitet mit internationalen Organisationen zusammen.

Auch im Norden verfügt die DEZA über ein dichtes Netz von nicht-staatlichen Partnerschaften. Seit langem besteht mit zahlreichen privaten Schweizer Entwicklungsorganisationen eine enge Kooperation, sowohl in der entwicklungs-politischen Diskussion wie für die operationelle Umsetzung. Mit verschiedenen Organisationen unterhält die DEZA Vereinbarungen über mehrjährige Programmbeiträge – insgesamt wickelt sie 25 bis 30 Prozent der bilateralen Entwicklungsprogramme über schweizerische NGOs ab.

In den letzten Jahren hat zudem die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen wie **Universitäten, Hochschulen und Kompetenzzentren** an Bedeutung gewonnen. Für die strategische und praktische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit spielt der permanente Austausch mit akademischen Institutionen eine wichtige Rolle. Der Zugang zu Wissen sowie die Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse eigenständig zu erarbeiten und einzusetzen, sind für die Menschen im Süden ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Verbesserung ihrer Situation. Deshalb unterstützt die DEZA, u.a. im Rahmen eines Nationalen Forschungsschwerpunkts, auch **Forschungspartnerschaften mit dem Süden**.

Die Millenniums-Entwicklungsziele, allen voran die Halbierung der Armut, werden ohne Einbindung der **Privatwirtschaft** in die Entwicklungszusammenarbeit nicht zu erreichen sein. Künftig will die DEZA innovative Formen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft wie z.B. Investitionen privater Unternehmen mit sozialer Zielsetzung (social investment) oder Allianzen von NGOs, Wirtschaft und Staat zur Förderung des fairen Handels vermehrt unterstützen.

Die DEZA will künftig die **Zusammenarbeit mit dem Privatsektor** fördern, wenn

- dies zu einer dauerhaften Verbesserung der Lebensbedingungen für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen führt.
- das Wirtschaftswachstum den Armen überproportional zugute kommt.
- die Leistungen der DEZA im Bereich ihres Kernauftrages liegen.
- die Zusammenarbeit subsidiär ist und keine marktverzerrenden Wirkungen hat.





Programme und Projekte

Armut umfasst zahlreiche und unterschiedliche Faktoren, die zusammen wirken. Deshalb werden heute in der Entwicklungszusammenarbeit **vernetztes und vielschichtiges Handeln** angestrebt. Es genügt nicht, in einer Dürreregion ein Wasserloch zu bohren, damit die Menschen ihren Durst löschen können. Damit der Nutzen des Wasserlochs nachhaltig bleibt, müssen die Menschen dieses zumindest unterhalten und die Pumpe selber reparieren können. Zudem müssen Fragen nach den Besitz- und Nutzungsrechten bezüglich des Wassers geklärt werden und man wird darauf achten, dass sich das Brunnen-Projekt in ein weiterführendes Entwicklungskonzept für das ganze Dorf oder für eine Region einfügt.

Die DEZA vermeidet es, einzelne aufwändige Projekte isoliert voranzutreiben und umzusetzen. Sie stellt heute alle ihre Tätigkeiten in einen übergeordneten entwicklungspolitischen Rahmen. Solcherart konzipierte **Programme** erhöhen die Qualität der Zusammenarbeit und ermöglichen eine breit abgestützte und nachhaltige Entwicklung. Dies schliesst nicht aus, dass es zusätzlich innovativer und **richtungsweisender Einzelprojekte** bedarf, welche wiederum als Motor für neue Programme dienen können.

Die Schweiz bringt in Bezug auf Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft dort die günstigsten Voraussetzungen mit, wo sie auf ein langjähriges Engagement in ihren Projekten und Programmen aufbauen kann. Die langfristig angelegte Zusammenarbeit mit den Schwerpunktländern ermöglicht so nicht nur eine nachhaltige Aufbauarbeit, sondern trägt auch zur Vertiefung der **entwicklungspolitischen Kompetenzen** der Schweiz bei.

Die DEZA will mit ihren Mitteln eine möglichst **grosse Breitenwirkung** erzielen und Systeme als Ganzes verbessern. Je nach Grösse und Umfang eines Programms können die gesamte Volkswirtschaft eines Landes in die DEZA-Arbeit mit einbezogen werden, oder nur einzelne Sektoren wie z.B. Landwirtschaft, Gesundheit oder Erziehung.

Einzelprojekte und Einsätze von Experten wickelt die DEZA in der Regel direkt über ihre Kredite ab. Bei grossen Programmen jedoch, die einen Sektor oder den gesamten Staatshaushalt eines Landes betreffen und wo mehrere Partner beteiligt sind, koordiniert sie sich mit anderen Gebern und stärkt die Partner mit sorgfältig kontrollierter Budgethilfe.

Im Rahmen ihres multilateralen Engagements bringt die DEZA ihre Erfahrungen aus der bilateralen Zusammenarbeit in die internationalen Organisationen ein und leistet so u.a. einen Beitrag zur **Sicherung der Qualität multilateraler Programme**.

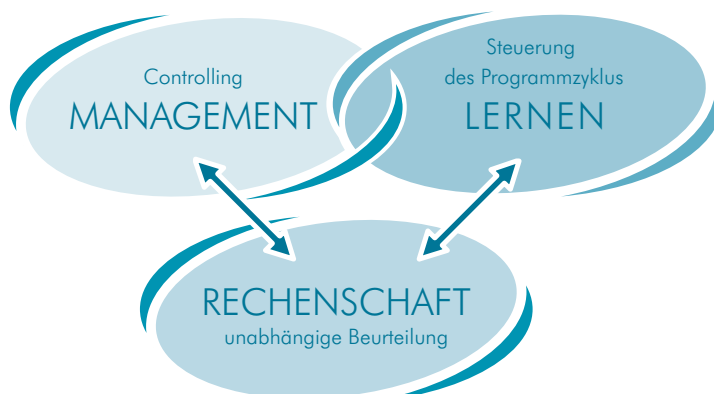
Die DEZA – eine lernende Organisation

Immer wieder wird nach dem Nutzen und nach den konkreten Erfolgen der Bemühungen um eine Verminderung der Armut gefragt. Weltweit hat sich die Entwicklungszusammenarbeit in den 1990er Jahren, dies zeigen verschiedene internationale Studien, dank Anpassungen sowohl in der Ausrichtung wie auch in der operationellen Abwicklung, verbessert.

Auf internationaler Ebene überprüfen die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) alle drei bis vier Jahre ihre Entwicklungstätigkeiten gegenseitig. Die Schweiz hat bei der letzten Prüfung für ihre Arbeit gute Noten erhalten. Für eine Verbesserung der Nachhaltigkeit sollte sich die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit laut OECD jedoch künftig

- noch stärker am Ziel der Armutsminderung orientieren.
- auf Interventionen in ausgewählten Bereichen beschränken.
- vermehrt um die Beteiligung lokaler Partner und um politische Kohärenz bemühen.

Die DEZA selber sichert und überprüft die Wirksamkeit ihrer Arbeit mit einem effizienten System, das auf drei Bereichen basiert:



Ein bewusster Umgang mit **Wissen und Erfahrungen** dient dem eigenen Lernen und Verändern. Er ist darauf auszurichten, dass die Partner der DEZA Zugang zu Wissen haben und über dieses verfügen können, um Armut und Ungerechtigkeit überwinden zu können. Vom Wissen und von den Erfahrungen lernen geschieht gemeinsam mit den Partnern.

Erfolgreiche Prozesse und Praktiken werden so über ihr ursprüngliches Anwendungsgebiet hinaus nutzbar gemacht. Viel versprechende Strategien und Ansätze werden durch eine optimierte Vernetzung von Informationen aus unterschiedlichen Erfahrungsgebieten gefördert. Im Zentrum stehen dabei Lern- und Veränderungsprozesse, die den jeweils aktuellen und spezifischen Rahmenbedingungen in der Entwicklungszusammenarbeit angepasst werden können.

Einsichten

Ohne verbesserte soziale Gerechtigkeit können keine nachhaltigen Entwicklungsfortschritte erzielt werden.

In der Vergangenheit waren landwirtschaftliche und gewerbliche Projekte meist wenig marktorientiert und deshalb selten finanziell tragfähig.

Ökologische Leistungen und Nutzungsverzichte müssen entschädigt werden.

Die Beteiligung am Politikdialog muss zwischen Gebern abgesprochen werden, um den Partnerstaat nicht widersprüchlichen Anforderungen auszusetzen.

Das Streben nach sozialem Ausgleich und nach Gerechtigkeit berührt zwangsläufig Fragen der Umverteilung von Macht.

Die Instrumente zur Armutsminderung müssen den Teufelskreis Armut–Aids–Armut mit berücksichtigen.

Zielgerichtete Umsetzung

UNO-Engagement

Im Anschluss an den UNO-Beitritt der Schweiz im September 2002 will sich unser Land in den nächsten Jahren innerhalb der UNO für folgende Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren:

- Ausrichtung des UNO-Systems auf die Millenniums-Entwicklungsziele
- Umsetzungsarbeiten nach UN-Gross- und Sonderkonferenzen
- Kohärenz und Koordination der verschiedenen Entwicklungsaktivitäten
- Angemessene Vertretung der ärmsten Entwicklungsländer

Weil die Bewältigung von globalen Herausforderungen wie Armut, Umweltzerstörung, Migration oder Aids eine enge internationale Zusammenarbeit erfordert, sucht die Staatengemeinschaft zunehmend gemeinsam nach Lösungsansätzen.

Multilaterale Institutionen, insbesondere die UN-Organisationen, aber auch die Bretton-Woods Institutionen (Weltbank und IWF) oder regionale Entwicklungsbanken, unterstützen Programme in Entwicklungsländern, die infolge ihrer Komplexität, ihrer globalen Relevanz oder des erforderlichen Finanzvolumens die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit übersteigen.

In seinem Aussenpolitischen Bericht 2000 hält der Bundesrat fest, dass er den **multilateralen Aktivitäten** der Schweiz künftig eine **Schlüsselrolle** einräumen will. Gemessen am gesamten Budget der DEZA soll der Anteil der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2004 bis 2007 deshalb auf rund ein Drittel gesteigert werden.

Im Rahmen der **bilateralen Entwicklungszusammenarbeit** erhalten einzelne Länder und Regionen von der DEZA **direkte Unterstützung**. Insgesamt werden hierfür rund zwei Drittel der DEZA-Mittel eingesetzt.

Das Ziel ist, in partnerschaftlich geführten Programmen und Einzelprojekten auf nationaler und lokaler Ebene die **Grundlagen für einen nachhaltigen Entwicklungsprozess** zu legen.

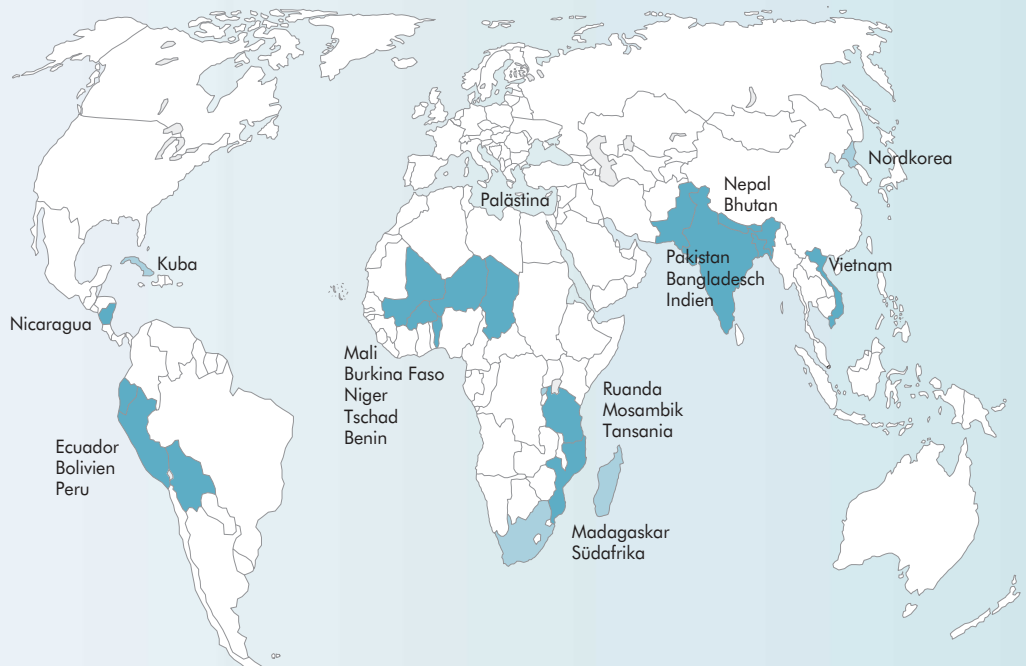
Je nach Land und vorhandenen Voraussetzungen ist die DEZA in den Bereichen gute Regierungsführung, soziale Entwicklung, Konfliktprävention, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie Arbeit und Einkommen engagiert.

Wie in der thematischen Ausrichtung setzt die DEZA auch geografisch auf eine **Bündelung ihrer Kräfte** und konzentriert sich im Süden auf 6 Sonderprogramme und die Zusammenarbeit mit 17 Schwerpunktländern.

Schwerpunktländer und Sonderprogramme der DEZA im Süden

Mit den **Schwerpunktländern** führt die DEZA grössere, langfristig angelegte Kooperationsprogramme durch, die je über ein Jahresbudget von mindestens 8 bis 10 Millionen Franken verfügen.

Die **Sonderprogramme** sind kleiner im Umfang und richten sich oft nach temporären Bedürfnissen einer Übergangssituation oder haben Pilotcharakter.





Neue Ansätze

In den letzten Jahren hat die DEZA in ihren Schwerpunktländern angefangen, über die Landesgrenzen hinaus auch eine **regionale Entwicklungspolitik** zu betreiben. Dieser neue Ansatz ist äusserst viel versprechend; so konnten insbesondere in Zentralamerika (Nicaragua, Honduras, El Salvador) und in Südostasien im Einzugsgebiet des Mekong-Flusses multinationale Netzwerke aufgebaut werden, welche einen Erfahrungsaustausch über die Grenzen hinweg ermöglichen.

Damit wurden Synergien geschaffen, die nicht nur Kostensenkungen zur Folge haben, sondern vor allem auch eine breitere Wirkung der Projekte und Programme ermöglichen. Aufgrund der guten Erfahrungen will die DEZA die bestehenden Regionalprogramme nun schrittweise weiter entwickeln und nach Möglichkeit auch auf andere Regionen ausweiten. Aus heutiger Sicht bieten sich regional angelegte Aktionen vor allem für das südliche Afrika und für die Länder des Sahel an.

Während die traditionelle Entwicklungszusammenarbeit der DEZA ihr Tätigkeitsgebiet vor allem im sozialen Bereich entfaltet, haben in den letzten Jahren zwei Themen an Bedeutung gewonnen, welche für die Verbesserung der Rahmenbedingungen, die Entwicklung überhaupt erst möglich machen, besonders wichtig sind. Die DEZA engagiert sich stark in der Förderung von **Good Governance**, indem sie z.B. Demokratisierungsprozesse unterstützt.

Eine ähnliche Bedeutung wie die «Gute Regierungsführung» haben **Friedenssicherung und Konfliktprävention**: soziale und wirtschaftliche Entwicklung können in Krisengebieten erst dann wieder in Gang gebracht werden, wenn sich die Menschen dort sicher fühlen und nicht ständig mit neuen Bedrohungen rechnen müssen.

Aufgrund jahrelanger Aufbauarbeit hat sich die Schweiz grosse Kompetenzen im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit in Berggebieten angeeignet. Im Anschluss an das UNO-Jahr der Berge 2002 hat sie die internationale Partnerschaftsinitiative **Nachhaltige Bergentwicklung** lanciert. Ein wichtiger Motor der Globalisierung sind die **neuen Informationstechnologien**. Hier sieht die DEZA ihre Aufgabe darin, diese als Mittel für Armutsreduktion und nachhaltige Entwicklung auch für die Partner im Süden nutzbar zu machen.

Weitere Aktivitäten der DEZA erfolgen im Rahmen der Themen **Entwicklung und Migration, Wasser, HIV/Aids und globale öffentliche Güter**.

Neue Technologien

Die **Global Knowledge Partnership** (GKP) ist ein internationales Netzwerk, das den Zugang zu Wissen und Information für die am meisten Benachteiligten fördert. Dies ist besonders im Zeitalter der **digitalen Revolution** von grosser Bedeutung, eröffnen doch vor allem die Nutzung von **Radio und Internet** den Menschen im Süden neue Möglichkeiten.

Die DEZA beteiligt sich aktiv am Aufbau des GKP-Netzwerks und setzt sich dafür ein, dass die **neuen Kommunikationstechnologien** auch den Ärmsten zu Gute kommen.

Friedenssicherung

In **Niger** engagiert sich die DEZA für die Viehzucht und fördert damit gleichzeitig den Frieden: In einer Region, wo es infolge knapper Boden- und Wasserressourcen oft zu **Konflikten zwischen Nomaden und sesshaften Bauern** kommt, hilft das Entwicklungsprogramm für die Unterstützung der Viehzucht, den Konflikt zu entschärfen. Allerdings zeigt eine genaue Analyse der Situation, dass ein solches Programm allein nicht genügt, um den **Frieden** nachhaltig zu sichern.

Entwicklung hat ihren Preis

Ausgaben des Bundes gemäss Staatsrechnung 2002
 Soziale Wohlfahrt (AHV, IV, Krankenversicherung etc.): 12,78 Milliarden Franken
 Verkehr: 8,09
 Landesverteidigung: 4,78
 Landwirtschaft: 4,07
 Bildung und Grundlagenforschung: 3,59
 Entwicklungszusammenarbeit: 1,39

Das Pro-Kopf-Einkommen der Schweiz betrug im Jahr 2001 laut Weltbank 38 330 USD – das Pro-Kopf-Einkommen in der Demokratischen Republik Kongo, dem ärmsten Land in der Weltbankstatistik, betrug 80 USD – der Weltdurchschnitt lag bei 5120 USD.

In 49 der ärmsten Länder ist der Lebensstandard heute tiefer als vor 30 Jahren.

Das Durchschnittseinkommen der 20 reichsten Länder ist 37-mal so hoch wie jenes der 20 ärmsten Staaten – der Unterschied zwischen diesen Staatengruppen ist heute doppelt so gross wie vor 40 Jahren.

Trotz aller Entwicklungsbemühungen wächst weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich. Die aktuellen internationalen Diskussionen machen deutlich, wie schwierig es ist, die Situation der Armen zu verbessern, wenn dabei Interessen der Wohlhabenden gefährdet erscheinen. Die Forderungen nach Schuldenerlass für die Entwicklungsländer und nach der Öffnung der Märkte im Norden für Produkte aus dem Süden sind nur zwei Beispiele, die zeigen, wie harzig sich der Prozess einer «gerechten Globalisierung» gestaltet.

In diesem Kontext hat die Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Funktion: Sie steht traditionellerweise klar auf der Seite der Armen und der Armutsminderung. Entsprechend wichtig ist ihre Rolle bei der Umsetzung der Ziele, welche die UNO in ihrer Millenniums-Deklaration festgelegt hat. Die Schweiz als wohlhabendes Land steht somit in der Verpflichtung, ihren Anteil an der Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.

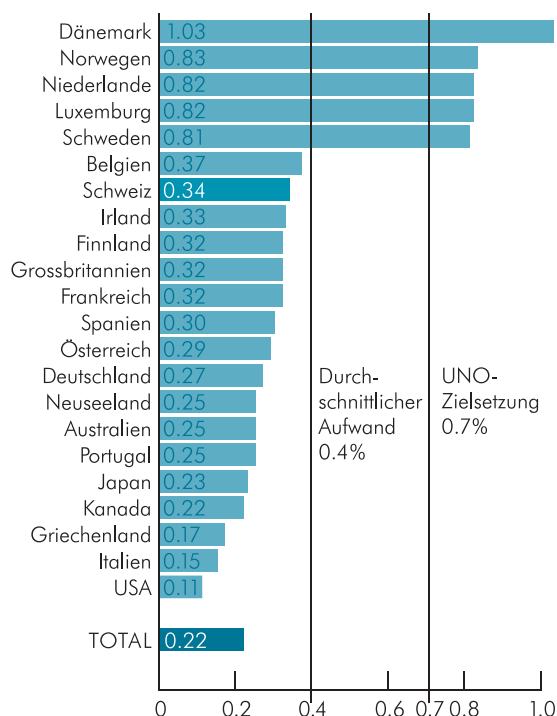
Mit dem vorliegenden Rahmenkredit von 4,4 Milliarden Franken für «die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern» von 2004 bis 2007 strebt der Bundesrat bis ins Jahr 2010 eine Erhöhung der Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit von 0,34 auf 0,4 Prozent des Bruttovolkseinkommens (BVE) an.

Mit dieser Anhebung der Entwicklungsleistungen würde die Schweiz ihre Position im internationalen Vergleich leicht verbessern, sie läge aber immer noch weit hinter den Staaten Nordeuropas zurück und auch hinter der UNO-Zielsetzung, welche die Geberländer dazu auffordert, ihre Entwicklungsleistungen auf 0,7 Prozent des BVE anzuheben. Im Rahmen der internationalen Diskussion zur Umsetzung der MDGs haben sich zahlreiche Staaten bereit erklärt, ihr finanzielles Engagement in den kommenden Jahren zum Teil deutlich auszubauen.

Die Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit beliefen sich in den OECD-Ländern im Jahr 2001 auf insgesamt 52,34 Milliarden USD, dies entspricht 0,22 Prozent des gesamten Bruttovolkseinkommens dieser Staaten.

Vergleicht man den Prozentsatz aller Länder miteinander, kommt man zu einem durchschnittlichen Aufwand von 0,4 Prozent.

Aufwand für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Prozenten des Bruttovolkseinkommens von 2001





Entwicklungszusammenarbeit nützt allen

Die 1,4 Milliarden Franken, welche die Eidgenossenschaft jährlich für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzt, sollen vor allem **den Ärmsten dieser Welt helfen**. Doch diese Ausgaben und die Arbeit der DEZA nützen auch den **Menschen in der Schweiz**: In der heute weitgehend globalisierten Welt hängt das Wohlergehen jedes Einzelnen von uns immer mehr auch von einem Mindestlebensstandard für alle ab. **Die Entwicklungszusammenarbeit hilft, Armut zu vermindern und geht damit eine der Hauptursachen für übermässiges Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und Migration an.** Durch die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit trägt sie zu Frieden und Stabilität bei und so zur Erhöhung der weltweiten Sicherheit.

Wo Menschen dank Entwicklung genügend zu essen haben, werden sie Initiativen zur weiteren Verbesserung ihrer Situation ergreifen, wo Kinder zur Schule gehen, wird Wissen gesät, wo neue Kaufkraft entsteht, wird die Wirtschaft angekurbelt und wo Menschen Zukunftsperspektiven haben, werden sie nicht in die Migration getrieben. Deshalb spielt heute die Tätigkeit der DEZA weit über die Aussenpolitik hinaus eine zunehmend wichtige Rolle.

Entwicklungszusammenarbeit nützt der Schweiz aber auch ganz direkt: **Die Schweizer Wirtschaft profitiert in beträchtlichem Ausmass von den Ausgaben in diesem Bereich:** Berechnungen haben ergeben, dass jeder für die öffentliche Entwicklungshilfe ausgegebene Franken rund 1.50 Franken zum Bruttoinlandprodukt beiträgt. Insgesamt schafft die Nachfrage der Entwicklungszusammenarbeit nach Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz zwischen 13 000 und 18 000 Arbeitsplätze.

Mit dem neuen Rahmenkredit von 4,4 Milliarden Franken wird die DEZA in den Jahren 2004 bis 2007 ihr bereits erfolgreiches Engagement für die Verminderung von Armut kompetent und in enger Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft fortsetzen. Der Kredit gibt ihr die Möglichkeit, sowohl in langfristige Aufbauprogramme zu investieren, wie nötigenfalls auch auf aktuelle Begebenheiten zu reagieren.

Globalisierung

Prozess, bei welchem die Vernetzung und gegenseitige Abhängigkeit von Ländern, Wirtschaften und Menschen aufgrund des rapide wachsenden Waren- und Kapitalverkehrs und der immer höheren Transport- und Kommunikationsgeschwindigkeit laufend zunimmt.

Global Public Goods**Globale Öffentliche Güter**

Globale Öffentliche Güter sind Güter, deren Nutzen universell anfällt, d.h. grundsätzlich allen Menschen und auch künftigen Generationen zugute kommen kann.

Dies schliesst Natural Global Commons (Klima, Ozonschicht), Human-made Global Commons (universelle Normen und Prinzipien wie die Menschenrechte, Wissen) und Global Conditions (Frieden, Gesundheit, finanzielle Stabilität, Freihandel, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit) ein.

MDGs**Millennium Development Goals
Millenniums-Entwicklungsziele;
auch: Internationale
Entwicklungsziele**

International von gewichtigen Akteuren (G-8, UNO, Weltbank usw.) anerkannte Entwicklungsziele, welche sich die Weltgemeinschaft bis zum Jahre 2015 zu erreichen vorgenommen hat. Die International Development Goals (www.paris21.org/betterworld/goals.htm) oder Millennium Development Goals (www.developmentgoals.org) beinhalten folgende Ziele:

- Beseitigung von extremer Armut und von Hunger
- Sicherung weltweiter Primarschulbildung
- Förderung der Chancengleichheit der Geschlechter und Stärkung der Frauen
- Reduktion der Kindersterblichkeit und Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten
- Sicherung nachhaltiger Umweltnutzung
- Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

ODA**Official Development Aid
Öffentliche Entwicklungshilfe**

Nach Definition der OECD umfasst die öffentliche Entwicklungshilfe alle Zuwendungen,

- die von öffentlichen Organen stammen (Bund, Kantone, Gemeinden).
- die auf die Bedingungen der Begünstigten abgestimmt sind (Schenkungen oder Darlehen zu günstigen Konditionen)
- deren vorrangiges Ziel die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist
- die für Länder und Regionen bestimmt sind, welche auf der OECD-Liste der Länder figurieren, die sich in Entwicklung befinden.

OECD**Organisation for Economic
Cooperation and Development
Organisation für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung**

Die OECD dient ihren 30 Mitgliedstaaten als Plattform für die Diskussion, Evaluation und Verbesserung ihrer Politiken – insbesondere im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Angesichts der Globalisierung bietet sie den Regierungen die Möglichkeit, Informationen und Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Lösungen zu finden.

Verschiedene Einrichtungen der OECD befassen sich vorwiegend mit Themen rund um die Entwicklungspolitik.

Die Mitglieder der OECD:

Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika

Schwerpunktt Themen der OECD:

- Good Governance (Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Demokratisierung, Dezentralisierung, Gender)
- Konfliktprävention und Konfliktbewältigung
- Länder mit geringem Einkommen
- Armut und soziale Entwicklung
- Nachhaltige Entwicklung
- Entwicklungsfinanzierung und öffentliche Entwicklungshilfe
- Abstimmung (Kohärenz) der Entwicklungspolitiken
- Harmonisierung der Verfahren des Hilfemanagements
- Evaluation

WSSD**World Summit on Sustainable
Development**

Vom 26. August bis 4. September 2002 fand in Johannesburg, die bisher größte Konferenz der Vereinten Nationen statt.

Der Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung WSSD, die Nachfolgekonferenz von Rio 1992, betonte die Bedeutung der drei Pfeiler der nachhaltigen Entwicklung: Umwelt, Soziales, Wirtschaft.

(www.johannesburgsummit.org)

Fotos

Titelseite	IKRK / Halvor Fossum Lauritzen; ARGUS / Kay
Seite 1	IKRK / Sándor Horvath; Daniel Maselli
2	DEZA / Ana Feric; IMAGES.DE / Giribas
3	DEZA / Toni Linder
4	UN / DPI PHOTO, John Isaac; ARGUM / Thomas Einberger
5	IKRK / Priska Spoerri; CORBIS / Tim Thompson
6	DAS FOTOARCHIV / BLACK STAR / Stubbs; DEZA / Daniel Schwartz
7	IMAGES.DE / Nico Schmidt; DEZA / Daniel Schwartz
8	IKRK / Sándor Horvath; ARGUM / Thomas Einberger
9	DEZA / Toni Linder; DAS FOTOARCHIV / Hacky Hagemeyer
10	DEZA; Peter Messerli
13	DEZA / Brigitte Lustenberger
15	DAS FOTOARCHIV / Sebastian Bolesch; DEZA

DEZA
Bereich Entwicklungspolitik
und multilaterale Zusammenarbeit
Freiburgstrasse 130
CH-3003 Bern
Telefon +41 (0)31 322 44 12
E-Mail info@deza.admin.ch

www.deza.admin.ch